



**FRÜHLING!
REIF FÜR BESSERE ZEITEN?!**

STADTGESPRÄCH.

DAS MAGAZIN DER PULHEIMSPD.

PULHEIM

SPD



LIEBE PULHEIMER*INNEN,

bereits in unserem letzten „Stadtgespräch“ habe ich mich zur damals schon schwierigen Situation für uns alle in der Pandemie geäußert. Jetzt, hinter dem Scheitelpunkt der dritten Welle, hat sich ein Hoffnungsschimmer aufgetan.

Es gibt immer mehr Geimpfte und die Zahl der verfügbaren Impfdosen wird, dank der Intervention Olaf Scholz' im Frühjahr, weiter steigen, so dass das Impftempo weiter zulegen wird. Ich bin mir sicher, dass im Sommer bei schönem Wetter wieder mehr Miteinander möglich sein wird. Vergessen dürfen wir aber nicht diejenigen, die auch im Sommer noch immer ungeimpft sein werden. Kinder und Jugendliche müssen immer noch zurückstecken, obwohl sie schon seit Beginn der Pandemie die volle Wucht der Maßnahmen unmittelbar spüren. Hier ist weiter unsere Solidarität gefragt.

Im Lockdown ruht die politische Arbeit keineswegs. Die SPD-Fraktionen in Pulheim

und im Rhein-Erft-Kreis haben seit der Wahl intensiv gearbeitet. Für unsere Stadt wie auch den Kreis, wäre in den wegweisenden Haushaltsberatungen viel drin gewesen. Ein fairer Umgang mit den Coronafolgen, intensive Hilfen für Kinder und Jugendliche und viele überfällige Investitionen in den nachhaltigen Umbau unserer Wirtschaft und echte Digitalisierung, die mehr ist als nur das Herunterbeten knackigen Stichwörtern. Die müden, mit sich selbst beschäftigten CDU-geführten Mehrheiten haben vieles blind abgelehnt, einiges aber auch kopiert oder nach Jahren der Ablehnung wichtige SPD-Ideen wieder aufgegriffen. Diese verschenkten Jahre, bis unsere Politik dann doch Realität wird, können wir uns eigentlich nicht leisten.

Nach der Wahl ist vor der Wahl! Und für Pulheim geht ein junger Direktkandidat ins Rennen, der richtig viel vorhat. Aaron Spielmanns stellen wir Ihnen mit einem Interview in diesem Heft vor. Seien Sie gespannt, was er Ihnen über sich verraten wird.


Viel Freude beim Lesen

Ihr **David Hochhausen**
Vorsitzender der PulheimSPD

**FÜR
ZUSAMMENHALT.
GEGEN
HETZE.**

JETZT IN DIE SPD

**DAFÜR
TRETE
ICH EIN** 



SOLIDARPAKT ZUKUNFT – WARUM ES IHN BRAUCHT.

FÜR EINEN SOZIALEN
NEUSTART IN NRW.

#STARTKLAR



Nordrhein-Westfalen braucht einen sozialen Neustart. Wir müssen die richtigen Lehren aus der Pandemie ziehen. Wir wollen in unser Land und in unsere Zukunft investieren. Wir wollen Fortschritt der ökologisch, aber vor allem sozial gerecht ist. Die NRWSPD hat in ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen – Arbeit, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft – dafür Ideen entwickelt:

VERLÄSSLICHE BILDUNGSPOLITIK MIT ZUKUNFT.

Fast drei Millionen Kinder leben in NRW. Rund 620.000 von ihnen werden in Kindertageseinrichtung betreut. Jährlich absolvierten rund 300.000 – zumeist junge – Menschen in NRW eine duale Ausbildung. Und an den NRW-Hochschulen sind etwa 768.000 Studierende eingeschrieben. Sie sind die Zukunft unserer Gesellschaft und sie alle verdienen beste Bildung.

WIRTSCHAFTSKRAFT DURCH SOZIALEN FORTSCHRITT.

Mehr als ein Fünftel aller Erwerbstätigen in Deutschland, fast zehn Millionen Menschen, sind in NRW beschäftigt. Sie haben im Jahr 2019 Güter und Dienstleistungen mit einem Wert von mehr als 710 Milliarden Euro produziert. Das ist mehr als ein Fünftel der gesamten deutschen Wirtschaftsleistung. Damit das so bleibt, braucht Nordrhein-Westfalen jetzt deutlich mutigere Investitionen als zuletzt.

GESUNDHEIT UND PFLEGE: FÜR ECHE WERTSCHÄTZUNG.

Unser Land verdient ein verlässliches Gesundheits- und Pflegewesen. Jährlich werden in den NRW-Krankenhäusern fast fünf Millionen Patient*innen versorgt. Etwa 1,3 Millionen Beschäftigte sind in NRW im Gesundheitswesen und der Gesundheitswirtschaft tätig – das ist etwa jede*r siebte Erwerbstätige. Unsere Gesundheits- und Altenpflege wird durch die Corona-Pandemie

jedoch auf eine harte Probe gestellt, insbesondere die Beschäftigten – sie tragen die Last. Das müssen wir ändern.

FÜR KOMMUNEN MIT ZUKUNFT – VOLLES LEBEN STATT LEERER KASSEN.

Für uns ist klar: Zukunft wird vor Ort entschieden. Wirksamer Klimaschutz, eine ökologische Verkehrswende, konsequente Digitalisierung, gute Arbeitsplätze, beste Bildung, befriedigende Gesundheits- und Pflegeversorgung, verlässliche Kinderbetreuung und starke Wirtschaftsförderung – all das und noch viel mehr leisten die kommunalpolitisch Verantwortlichen in unseren Gemeinden, Städten und Kreisen. Also auch in Pulheim und im Rhein-Erft-Kreis. Sie setzen Politik um, investieren in die Zukunft und machen Politik erlebbar. Das gelingt jedoch nur, wenn Gemeinden, Städte und Kreise in NRW auch das nötige Geld haben.

THOMAS KUTSCHATY
Landesvorsitzender
der NRWSPD



FÜR EINEN
SOZIALEN
NEUSTART

Der Staat muss wieder stärker Akteur und kein Zuschauer sein. Dabei gilt: Starke Schultern tragen mehr als Schwache. Denn nur mit Zusammenhalt wird es gelingen, Fortschritt für alle Menschen in NRW zu erreichen. Damit Hoffnungen wieder stärker zur Realität werden.

Von Sylvia Fröhling.



So oder so ähnlich wie auf diesem Foto sieht geförderter Wohnungsbau heutzutage aus. Von diesem gibt es bisher in Pulheim viel zu wenig. Jahr für Jahr werden an die 300 so genannte „Wohnberechtigungsscheine“ durch die Stadt ausgegeben. Doch schaut man im Internet unter „Wohnungssuche mit Wohnberechtigungsschein in Pulheim“, findet man keine einzige Wohnung – und das geht auch den meisten (ca. 87 Prozent!) der Berechtigten so. Wie kann also sichergestellt werden, dass auch Pulheimer*innen mit geringerem Einkommen sich eine angemessene Wohnung in ihrer Heimatstadt leisten können?

Schon viele Jahre bearbeitet die SPD dieses Thema im Pulheimer Stadtrat. Die meisten Anträge dazu wurden vom Bürgermeister und seiner CDU-geführten Mehrheit stets negativ beschieden. Ein im Jahr 2017 endlich beschlossenes Konzept kommt leider kaum voran. Hierin enthalten waren auch das oben gezeigte Gebäude im Bebauungsplan BP 115 hinter der Bahn und ein Gebäude im BP 114 (beide in den Neubauvierteln am Geyener Berg, „Pulheim-Süd“), für die ich mich als Sprecherin der SPD-Fraktion im Ausschuss für Liegenschaften und Hochbau vehement einsetzte.

Das bisherige Konzept kann aber nur ein Anfang sein! Um für mehr geförderten Wohnungsbau mit längerer Bindungsfrist zu sorgen, haben wir gemeinsam mit der Fraktion von Bündnis '90/Die Grünen und dem Bürgerverein Pulheim erneut einen Antrag ge-

IMPRESSUM.

Herausgeber: PulheimSPD, Am Zehnthof 58, 50259 Pulheim | www.spd-pulheim.de
Redaktion: Torsten Rekowitz (V.i.S.d.P.) & Marita Pörner
Gesamtauflage: 25.000 Exemplare
Druck: GemeindebriefDruckerei, Martin-Luther-Weg 1, 29393 Gr. Oesingen





stellt. In diesem fordern wir eine Quote von mindestens 30 Prozent öffentlich geförderter Wohnraums für zukünftige Ausweisung von Flächen zur Wohnbebauung.

Damit dieser geförderte Wohnraum jedoch nicht bereits nach der Bindungsfrist von 20 bis 25 Jahren wieder den Marktspekulationen zum Opfer fällt, haben wir einen weiteren gemeinsamen Antrag dazu gestellt. Dieser hat zum Ziel, die Fläche für den geförderten Wohnraum nicht zu verkaufen, sondern im Erbbaurecht zu vergeben.

Das Erbbaurecht ist dafür ein vielseitiges Instrument, das viele vertragliche Regelungen zulässt. So beispielsweise die Zahlung eines bestimmten Teils oder der Gesamtsumme des Erbbauzinses direkt zu Beginn, so dass die Stadt unmittelbar Mittel zur Zahlung des Kaufpreises an die ursprünglichen Eigentümer*innen des Grundstücks und für die Schaffung benötigter Infrastruktur zur Verfügung hat. Zusätzlich hat die Stadt dadurch die Möglichkeit, vertraglich die Bindungsfristen für die Art der Mieten festzulegen und für sich selbst ein Stück Fläche zu erhalten, auf das sie nach Ablauf der Erbbauphase erneut Zugriff hat.

Auf diesem Wege würden die so genannten „leistungslosen Bodengewinne“ – das sind die Gewinne, die ein*e Käufer*in eines Grundstückes allein durch die gestiegenen

Quadratmeterpreise beim Wiederverkauf erzielt – im Endeffekt wieder an die Stadt gehen und nicht an die Investor*innen. Auch für die Bauherr*innen kann dieses Modell durchaus charmant sein, denn sie können hierbei teilweise Kosten steuerlich geltend machen, die sie beim regulären Kauf nicht absetzen könnten. Somit werden langfristig günstige Mieten gesichert und der Grund und Boden bleibt im Eigentum der Stadt.

Je nach Dauer der Erbbaurechtsphase kann auch eine so genannte „Wertsicherungsklausel“ der Stadt eine Anpassung des Erbbauzinses sichern und es kann bereits im Vertrag festgelegt werden, wie es gegen Ende des Erbbaurechtsvertrages weitergeht.

Pulheim wird als Teil des Kölner Ballungsraums auch weiterhin unter erheblichem Wohnungsdruck stehen. Die Mieten werden weiter steigen; die Grundstückspreise ebenfalls. Im Rahmen der einer Stadt obliegenden Verantwortung muss Pulheim aus Sicht der SPD dafür Sorge tragen, dass auch Menschen mit kleineren Einkommen in ihrem Heimatort weiter leben können. Es wäre auch deshalb eine zukunftsweisende Entscheidung, weil viel Fläche zum Bebauen nicht mehr zur Verfügung steht. Das kurzfristige Versilbern von Bauland zur Sanierung des städtischen Haushalts, wie es seit vielen Jahren bei uns praktiziert wird, bietet keine Perspektive für die Zukunft und muss endlich aufhören!

SATZ MIT X: EINE BANKROTTERKLÄRUNG DER CDU

Von **Torsten Rekewitz**.

Machen wir's kurz: Nehmen Sie alles, was der Bürgermeister Frank Keppeler, seine CDU und die FDP Ihnen im letzten Jahr vor der Kommunalwahl zur Zukunft der Pulheimer Schulen versprochen haben und werfen Sie diese Versprechungen weg. Sie sind nichts wert. Die Stadtverwaltung musste zu Beginn dieses Jahres eine bildungspolitische Bankrotterklärung abgeben, die von den beiden selbsternannten „bürgerlichen Parteien“ auf der rechten Seite des Stadtrates mit Schulterzucken, Durchhalteparolen und weiteren Verschleierungsversuchen begleitet wird.

Was passiert ist? Nichts. Jedenfalls nichts, wovon irgendein*e Schüler*in irgendetwas hätte. Im Haushalt der Stadt Pulheim stehen weiterhin all die horrenden Millionensummen, die Ihnen vor der Wahl schon versprochen wurden; da stehen sie ja schon seit Jahren drin. Im Februar wurde der Betrag sogar noch mal aufgestockt. Nur ausgegeben – ausgegeben wird davon so gut wie gar nichts. Und das neue Budget war noch nicht einmal offiziell genehmigt, da musste der Erste Beigeordnete, der neuerdings auf des Bürgermeisters höchstpersönliche Veranlassung hin nicht nur fürs Bauen und Geldverwalten, sondern auch noch für den Bildungsbereich zuständig ist, blank ziehen: Er räumte vor Ostern ein, dass aus all den erst im Herbst beschlossenen Erweiterungsbauten an zig Schulen und dem fest für dieses Jahr versprochenen Sanierungsbeginn am Pulheimer Schulzentrum nichts wird.

Erneut nichts wird! Der jahrzehntelange Sanierungsstau soll nämlich bereits seit über zehn Jahren angepackt werden. Mit diesem Versprechen wählte eine Mehrheit von Ihnen 2009 Frank Keppeler erstmals ins Amt; bestätigte ihn 2015; wählte ihn im September 2020 ein drittes Mal. Immer wählte eine Mehrheit die CDU gleich mit, meistens mit



der selbsternannten „Bildungspartei“ FDP im Schlepptau, von 2014 bis 2020 durften auch die Grünen mal beim Nichtstun an den Schulen helfen.

Klingt das für Sie nach Frust bei meiner Partei, der SPD und bei mir persönlich? Gut, wir sind nämlich genau das: Frustriert! Weil wir wissen, was es für Lehrer*innen, Schüler*innen und ihre Eltern bedeutet, seit Ewigkeiten in maroden Gebäuden zu hocken, in denen die Fenster zugeschraubt werden müssen, damit sie niemandem auf den Kopf knallen. Weil wir ahnen, wie super es funktioniert, Internetanschlüsse für 1.500 Leute nutzen zu müssen, die lahmere sind als die, die viele von uns zu Hause haben. Weil wir ahnen, wie man sich fühlt, wenn man während der Schulzeit nicht auf die Toilette gehen möchte, weil jedes Dixie-Klo besser riecht.

Wir sind frustriert, weil all dies seit langer Zeit angepackt werden könnte, wenn man es denn wollte. Wenn man eingestehen würde, dass man die Stadtverwaltung personell so heruntergewirtschaftet hat, dass man inzwischen nicht einmal mehr genug Mitarbeiter*innen findet, die ein paar Container aufstellen oder Fördermittel beantragen können. Wenn man den Mut hätte, Entscheidungen zu treffen, die nicht jedem gefallen werden, aber vielen helfen würden. Wenn man sich nicht von Masterplan zu Masterplan hangeln würde, weil man so alles auf die lange Bank schieben kann. Wenn man endlich aufwachen und den Menschen reinen Wein einschenken würde; damit der Weg frei wäre für ehrliche und konstruktive Diskussionen mit allen Beteiligten.

Wir Sozialdemokrat*innen sind bereit dazu. Wir haben im vergangenen Jahr allen Ärger über nicht gehaltene Versprechen heruntergeschluckt, die Faust in der Tasche geballt und uns auf eine neue Runde von Gespräch-

chen mit den demokratischen Fraktionen des Stadtrates, der Verwaltung und vor allem mit den Betroffenen in den Schulen eingelassen. Diese laufen auch wirklich hervorragend. Die Schulleiter*innen erklären uns, was getan werden müsste, um die „Bildungslandschaft“ in Pulheim ordentlich fortzuentwickeln. Wir spüren, wie sehr die Schüler*innen und Lehrer*innen bereit sind, mit anzupacken und auch mal mit Provisorien oder der zweitbesten Lösung zu leben, wenn sie dafür die Perspektive bekommen, dass es endlich vorangeht. Wir vernehmen die Bereitschaft, aufeinander zuzugehen und Kompromisse zu schließen.

Wir fanden übrigens in den letzten Monaten auch bereits gemeinsam Lösungsansätze. Und wir erlebten mehrmals, wie die CDU und die FDP – assistiert von der neuen Gruppierung „WfP“ – sich noch während der gemeinsamen Gespräche nicht an das hielten, was wir im gleichen Moment vereinbarten. Vor allem aber sehen wir gerade zu, wie ein weiteres Mal ein „Masterplan“ zur Pulheimer Bildungslandschaft als Nebelkerze erhalten

soll, um Entscheidungen aufzuschieben. Wir sehen aber nicht nur zu, wir erzählen Ihnen das auch. Weil Sie ein Recht darauf haben zu erfahren, was aus den Wahlversprechen der Parteien und Bürgermeisterkandidat*innen geworden ist. Nicht einmal ein dreiviertel Jahr nach der Wahl finden wir die Entwicklung der Versprechen zum Thema Bildung peinlich. Nein, nicht nur peinlich, sondern hochgradig...

Ach, entscheiden Sie bitte selbst, wie Sie diese Entwicklung finden. Und nehmen Sie bitte mit, dass wir von der SPD uns an das halten, was wir Ihnen seit langem versprechen: Für uns haben die Schulen in Pulheim oberste Priorität. Für uns sind die Chancen der Kinder und Jugendlichen das A und O. Und für diese Chancen kämpfen wir gemeinsam mit allen Schüler*innen, Lehrer*innen und am liebsten auch mit Ihnen allen entschlossen weiter! Leider aus der Opposition heraus, aber das nicht weniger entschlossen, als wenn wir eine Mehrheit im Stadtrat hätten. Ehrenwort!



EIN ERFOLG DER SPD IN DER GROSSEN KOALITION:

DAS „AUFHOLPAKET“, DAMIT KINDER UND JUGENDLICHE AUS DER KRISE KOMMEN.

Zwei Milliarden Euro für Kinder, Jugendliche und deren Familien – damit unterstützen wir Kinder, Jugendliche und ihre Familien nach den harten Lockdown-Zeiten auf dem Weg zurück in einen geregelten Alltag und ein unbeschwerteres Aufwachsen.

Unser Aufholpaket für dieses und nächstes Jahr investiert in der Krise gezielt in das Wertvollste und das Wichtigste, was wir haben: In unsere Kinder und Jugendlichen, in unsere Zukunft. Sie haben im vergangenen Jahr auf eine Menge verzichtet. Es sind Bildungs-

aber auch Bindungslücken entstanden. Wir können nicht erwarten, dass alles so weiter funktioniert wie vor der Krise. Kinder und Jugendliche brauchen Zeit, Begleitung und Unterstützung, um in den Alltag zurückzufinden und Versäumtes aufzuholen. Von den zwei Milliarden Euro setzt das Bundesfamilienministerium insgesamt eine Milliarde Euro für die frühkindliche Bildung, Ferienfreizeiten und Familienerholung, zusätzliche Sozialarbeit und Freiwilligendienstleistende ein.

Weitere Infos zum Aktionsprogramm finden Sie unter www.bmfsfj.de/aufholpaket.

UNSER BUNDESTAGSKANDIDAT AARON SPIELMANN'S.

Das Interview führte Marita Pörner.

Vor jeder Wahl – vor allem natürlich einer Bundestagswahl – ist in allen Parteien einiges zu stemmen: Es müssen Wahlprogramme geschrieben und Kandidat*innen gefunden werden. Die SPD hat beides frühzeitig (und vielleicht für einige überraschend: Anders als sonst öfter diesmal in großem Einvernehmen) abstimmen können. Und hier im Rhein-Erft-Kreis haben wir zudem auch noch das Glück, mit einem jungen, fähigen und besonders engagierten Kandidaten anzutreten: Aaron Spielmanns. In diesem Interview stellen wir ihn vor.

Aaron, Du bist der einzige Kandidat im Rhein-Erft-Kreis ohne graues Haar! Wo siehst du deine Stärken gegenüber deinen Kontrahenten?

Ich will die politischen Weichen so stellen, dass wir die Zukunft Deutschlands – insbesondere im internationalen Wettbewerb – konkret im Blick haben. Mit meinen 22 Jahren denke ich natürlich zukunftsorientiert, das sehe ich bei vielen meiner älteren Mitbewerber*innen leider nicht. Deutschland braucht junge Menschen, die Verantwortung übernehmen wollen. Das will ich! Junge Menschen, die bereit sind, die Zukunft Deutschlands zum Wohle aller zu gestalten. Das bin ich.

Ich finde es extrem wichtig, dass sich junge Leute politisch engagieren. Siehst du deine Kandidatur auch als Chance, weitere junge Menschen hierfür zu begeistern?

Ja klar! Wenn mir das gelänge, fände ich das klasse. In meiner Kandidatur sehe ich nämlich nicht nur eine Chance, sondern auch einen Aufruf unserer SPD an alle jungen Menschen, sich einzubringen. Ich bin begeistert davon, dass unsere SPD durch mich einem

jungen Menschen die Chance gibt, unmittelbar mitzugestalten. Mein Wahlkampfteam besteht übrigens mehr als zur Hälfte aus Menschen im Juso-Alter und wir arbeiten mit Freude und Elan daran, die Menschen aus dem Rhein-Erft-Kreis von uns zu überzeugen und zu beweisen, dass junge Menschen in der Politik etwas bewegen können!

Was war dein erster Berufswunsch und in welchem Alter hast du ihn geäußert?

[Lacht] Das ist eine kurze, aber lustige Geschichte: Ich habe aus dem Kindergarten ein „Freund*innen-Buch“, wo in meinem Steckbrief als Berufswunsch „Kanzler“ geschrieben steht. Aus jetziger Sicht bewerte ich diesen Kinderwunsch so, dass mein kleines Ich schon damals wusste, dass es sich in seinem erwachsenen Leben für so viele Menschen wie möglich einsetzen möchte. Nach der Schule wählte ich dann den Weg in den öffentlichen Dienst. Dort bin ich Beamter in der Eingliederungshilfe beim Landschaftsverband Rheinland und setze mich dafür ein, Kindern mit Behinderung in der Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu unterstützen. Aber Kinderträume müssen ja nicht bloß Träume bleiben...

Weshalb bist du im vergangenen Herbst in die SPD eingetreten?

Weil meine persönlichen und politischen Ideale und Vorstellungen mit denen der Sozialdemokratie übereinstimmen. Die SPD vereint soziale mit ökologischen und ökonomischen Interessen; sie betreibt keine Schwarz-Weiß-Malerei, sondern vermittelt zwischen Interessensgruppen und schafft es so, sich erfolgreich für die Menschen der mittleren und unteren Einkommenschichten stark zu machen. Dafür braucht unsere Partei das Vertrauen der Gesellschaft – und die Gesellschaft braucht eine starke SPD!

Warum hast du dich für die Bundestagskandidatur entschieden?

Aus vielen Gründen, ich möchte hier nur einen benennen: Weil es zu wenige junge Menschen im Bundestag gibt! Von den 709 derzeitigen Bundestagsabgeordneten sind lediglich zwölf jünger als 30 Jahre. Mich hat das irritiert. Aus meiner Sicht haben jüngere Menschen, alleine schon aufgrund ihres Alters, eine andere Sicht- und Herangehensweise an die Zukunft. Wer also, wenn nicht wir Jüngeren, sollte dann die Zukunft prägen? Natürlich sind alle Generationen angehalten mitzuwirken, wir Jungen aber eben auch.

Wie gut kennst du den Rhein-Erft-Kreis außerhalb deines eigenen Ortes?

Ich kenne den Rhein-Erft-Kreis sehr gut, denn ich bin heimatverbunden. Im Sommer verbringe ich in unserem wunderschönen Kreis viel Zeit auf dem Fahrrad, ob entlang der Erft, über „Terra Nova“ hinauf auf die Sophienhöhe, oder beispielsweise durch den Parrig bei Kerpen. Außerdem gehe ich auch gerne essen, da gibt es hier im Kreis viele empfehlenswerte Restaurants. Und mir blutet das Herz, wenn ich sehe, wie beispielsweise die Gastronomie und die Veranstaltungsbranche in der Pandemie darben.

Was willst du tun, um auch die anderen Städte deines Wahlkreises kennenzulernen? Warst du schon in Pulheim?

Aber hallo! Auf Einladung der Pulheimer SPD war ich schon mehrfach und gerne hier. Meine allerersten Hausbesuche habe ich sogar in Pulheim gemacht. Kurz nach meiner Nominierung, Corona-konform mit Abstand über'n Gartenzaun. Am besten lernt man den Wahlkreis nämlich kennen, indem man vielen Menschen viele Fragen stellt und sich für die Antworten auch interessiert. Ich freue mich schon auf meine nächsten Termine in Pulheim.

Wie haben die Pulheimer*innen denn die Möglichkeit, sich an dich zu wenden?

Per e-Mail jederzeit unter info@aaronspielmanns.de und online über meine Webseite

www.aaronspielmanns.de. Dort können alle ihre Wünsche, Ideen, Sorgen oder ähnliches direkt an mich richten.

Was willst du im Fall deiner Wahl im Bundestag für unsere Region bewirken?

Viel! Große Probleme im Kreis sind steigende Wohnkosten, stagnierende Löhne und dabei eine hohe Steuerlast. Zuerst werde ich mich dafür einzusetzen, dass die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung unverzüglich den Mindestlohn per Verordnung auf 12 Euro brutto anhebt. Da bin ich ganz bei unserem Kanzlerkandidaten Olaf Scholz. Und oft vergessen werden meiner Meinung nach die Folgen des Strukturwandels in der Region. Das darf nicht sein und das will ich nicht akzeptieren.



ZUR PERSON:

Name: Aaron Spielmanns
Geburtsdatum: 3. Juli 1998
Wohnort: Bedburg-Grottenherten
Familienstand: ledig

In welchen Tätigkeitsfeldern willst du im Bundestag arbeiten?

Am liebsten möchte ich mich im Ausschuss für Arbeit und Soziales einbringen, oder im Ausschuss für Wirtschaft und Energie. In diesen Themenfeldern sehe ich die beste Möglichkeit, mich für die wichtigen und richtigen politischen Ziele einzusetzen. Und dort sehe ich enormes Handlungspotenzial, gerade auch in Hinblick auf den Rhein-Erft-Kreis.

Willst du dich zu den durch die „Maskenfären“ in die öffentliche Wahrnehmung gerückte Verflechtung von politischem Mandat und privatem oder beruflichem Tun – gemeinhin also Lobbyismus genannt – äußern?

[Schauff] Ganz ehrlich? Mir kam das Essen hoch. Deutschland, gebeutel von einer Pandemie. Die Menschen stecken seit mehr als 13 Monaten zurück, schränken ihre sozialen Kontakte ein; fühlen sich einsam, leben oft von Kurzarbeiter*innen-Geld; Betriebe gehen pleite, Existenzen stehen vor dem Aus und viele Familien wissen nicht, wie sie sich um ihre Kinder kümmern sollen. In einer solchen dauerhaften nationalen Notlage hielten es einige Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion für nötig, ihre Macht auszunutzen und sich selbst auf dem Rücken der leidtragenden Bevölkerung zu bereichern. Ekelhaft! Aber Käuflichkeit scheint in der Union ja schlicht Methode zu haben, wie Philip Amthor, die Aserbajdschan-Affäre oder viele andere Skandale aufzeigen. Oder um es mit den Worten von Reiner Haseloff [Anmerkung der Redaktion: Das ist der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt (CDU)] zu sagen: „In der Union geht es momentan nicht um Vertrauen oder



Charakter!“ Noch Fragen? Übrigens habe ich eine Selbstverpflichtungserklärung unterschrieben, die auf Initiative der Juso-Bundestagskandidierenden entstand: In meiner Rolle als Bundestagsabgeordneter werde ich keine bezahlte Lobbytätigkeit wahrnehmen, werde alle meine Einkünfte offenlegen und jegliche Nebeneinkünfte spenden. Wer mich wählt, weiß: Aaron ist unbestechlich. Punkt!

Was wäre mit deiner Arbeitsstelle, wenn du am 26. September in den Bundestag einziehen würdest?

Da ich Beamter bin, wäre ich für meine Zeit im Bundestag „außer Dienst gestellt“; das heißt, meine Rechte und Pflichten aus dem Dienst- und Treueverhältnis würden für die Dauer des Mandates ruhen. Konkret: Ich bekäme keinen Sold und säße sozusagen auf der Reservebank, solange ich im Bundestag bin. Dafür bin ich meinem Dienstherrn sehr dankbar.

Noch einige Fragen außerhalb der Politik: Ich habe vernommen, dass Du gerne im Gemüsegarten tätig bist. Welches ist dein Lieblingsgemüse?

Rosenkohl. Super lecker!

Was für ein Haustiertyp bist du? Hund oder Katze?

Wenn sich Tiere toll. Meine Katze Michi ist leider vor einem Jahr verstorben. Auf dieser Note würde ich das Interview jetzt allerdings ungerne beenden, frag' mich doch bitte mal ob ich gerne Akkordeon spiele.

Lieber Aaron, spielst du gerne Akkordeon?

[Lacht erneut.] Tolle Frage! Ja, ich spiele in meiner Freizeit sehr gerne Akkordeon.

Vielen Dank für diese Einblicke, Aaron. Dann bleibt es mir nur noch, dir einen spannenden und natürlich erfolgreichen Wahlkampf zu wünschen. Am 26. September bei der Wahlparty werden wir dich dann hochleben lassen.

SCHON JETZT UMSTRITTEN, ABER FÜR UNS EIN GUTES PROJEKT:

BRAUWEILER SOLL AN DIE STADTBahn ANGESCHLOSSEN WERDEN.



Von Dierk Timm.

Mit den Ergebnissen der Vorstudie zu einer Stadtbahnverlängerung hat sich endlich die Türe geöffnet für einen möglichen Anschluss Brauweilers an die Stadtbahn nach Köln (und eventuell bis nach Niederaußem). Die Vorstudie hat ergeben, dass eine solche Strecke volkswirtschaftlich positiv eingeschätzt werden kann. Damit ist der Weg bereitet für eine vertiefende Untersuchung mit einer Machbarkeitsstudie.

Aus Sicht der SPD Pulheim gilt dabei folgendes: Grundsätzlich begrüßen wir aus Gründen des Klimaschutzes, der Verkehrspolitik und aus Sicht der zukünftigen Entwicklung des Metropolraums Köln den Ausbau des Schienennetzes. Das Pulheimer Augenmerk gilt ganz besonders dem Anschluss Brauweilers an das Stadtbahnnetz.

In der Machbarkeitsstudie muss im nächsten Schritt die beste Trassenführung ermittelt werden. Im Anschluss daran würden dann konkrete Planungsschritte erfolgen. Eine praktische Umsetzung noch in diesem Jahrzehnt ist zwar wünschenswert, angesichts der Planungsdauer für Infrastrukturprojekte in Deutschland aber leider unwahrscheinlich.

Die Vorstudie hat bereits für einigen Wirbel gesorgt, da einige Bürger*innen um den Erhalt von Brauweiler Grünanlagen fürchten. Als Fraktionsvorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion versichere ich aber: Über die genaue Streckenführungen kann momentan zwar noch nichts gesagt werden. Allerdings ist klar, dass eine Streckenführung auf der Straße lärmarm und sicher möglich ist, ohne dass großflächig Grünflächen in Anspruch genommen werden müssen. Die Pulheimer SPD wird das weitere Verfahren selbstverständlich wie schon seit Jahren intensiv begleiten, den Austausch mit den Bürger*innen weiter suchen und laufend berichten.



**RESPEKT ZEIGEN,
RASSISMUS BEKÄMPFEN!**



SPD

Soziale
Politik für
Dich.

GESTALTUNG VS. UMWELTSCHUTZ.



*Ein Kommentar
von Marita Pörner.*

Wir alle sind heutzutage für den Umweltschutz und haben glücklicherweise verstanden wie wichtig es ist, etwas fürs Klima und den Artenschutz zu tun. Es ist allerdings ganz unterschiedlich, in welchen Bereichen und in welchem Ausmaß jede*r einzelne von uns bereit ist, sich hierfür einzusetzen; wofür Mehrkosten oder geringere Bequemlichkeiten in Kauf genommen werden und was man sich letztlich auch finanziell leisten kann. Das fängt bei den Nahrungsmitteln an, geht über die Wahl des Fortbewegungsmittels oder der Art der Heizung bis zur Frage, was ich mit meinem Haus mache, um der Umwelt zu dienen.

Bei einem Neubau ist Letzteres kein großes Problem. Es gibt mittlerweile so viele Möglichkeiten, mit nur geringen Mehrkosten Niedrigenergiehäuser zu bauen. Anders sieht es bei alten Häusern aus. Eine Dreifachverglasung ist problemlos möglich, schadet auch nicht der Optik. Alle Häuser können selbstverständlich auch „eingepackt“ wer-

den, also eine Dämmung der Außenwände erhalten. Das tut allerdings nicht jedem Haus gut. Sollen schöne alte Jugendstilvillen oder Gründerzeithäuser ihr typisches Aussehen wegen einer dicken Dämmschicht aus Plastik verlieren?

Ein ähnliches Problem gibt es gerade bei der so genannten „Hollandsiedlung“ in Stommel. Diese Siedlung ist in den 1960er Jahren gebaut worden. Sie bildet eine gestalterische Einheit von verklinkerten Doppelhäusern. Wenn hier einzelne Häuser – erst recht einzelne Doppelhaushälften – in der heute üblichen Art gedämmt würden, ginge das Aussehen eines ganzen Viertels verloren.

In solchen Fällen muss meines Erachtens der Umweltschutz hintenanstehen. Die von uns Sozialdemokrat*innen geforderte Gestaltungssatzung muss helfen, solche Häuser und Siedlungen zu erhalten. Hierfür setzen wir uns ein, auch wenn der Umweltschutz für uns in den meisten anderen Belangen Vorrang hat.



**ES GRÜNT
SO GRÜN...**

*Von Duygu
Dönmez-Crugnola.*



Schön wäre es. Aber leider sehen die Feldränder oft so aus wie links von diesem Text.

Viel schöner ist es doch, wenn Gräser, Klatschmohn und ganz viele andere Wildkräuter den Feldrand bunter machen und begrünen. Meiner Erinnerung nach war es in meiner Kinderzeit oft noch so und vor allem die Generation meiner Eltern hat diesen Anblick noch gut vor Augen: Rechts sehen Sie, was ich meine: Einen blühenden Feldrand in der Stommelner Nettegasse.

WARUM DIE SPD DEN HAUSHALT 2021 IM STADTRAT ABGELEHNT HAT.

Zwar gibt es seit wenigen Jahren „Blühstreifen“, die manche Landwirt*innen – meistens so genannte „Vertragslandwirt*innen“ (das sind Landwirt*innen, die eine Vereinbarung mit Umweltschutzbehörden oder -verbänden haben) – am Rand eines Feldes anlegen. Hierfür bekommen sie dann eine finanzielle Entschädigung von den Umweltbehörden.

Aber das reicht bei Weitem nicht!

Da Fernsehen und Presse das Thema in den vergangenen Jahren immer wieder aufgegriffen haben, ist es wohl mittlerweile allen bekannt, wie stark der Bestand an Insekten in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten zurückgegangen ist.

Das hat vielfältige Ursachen. Eine davon ist – wie so oft – der Mensch. Durch Pflanzenschutz- und sonstige chemische Mittel; durch das Verschwinden tierfreundlicher Flächen, wie eben solcher bunten Feldränder. Und mit den Insekten werden auch die Insektenfresser, nicht zuletzt die Vögel, ebenfalls weniger.

Ich wünsche mir, dass nicht nur einige Vertragslandwirt*innen Blühstreifen anlegen, sondern dass alle Felddraine wieder Leben bekommen und nicht umgepflügt oder „sauberspritzt“ werden. Sie auch?



Mitte Februar stand der Haushaltsentwurf des Bürgermeisters Frank Keppeler und seiner Stadtverwaltung für dieses Jahr im Rat zur Abstimmung. Darin wird festgelegt, wofür Steuergelder ausgegeben werden; was gemacht werden soll – und was noch Zeit hat oder gar nicht angegangen werden soll. Gegen die Stimmen der SPD, aber auch der Grünen und des Bürgervereins wurde dieser Haushalt mit den Stimmen von CDU, WfP, FDP und AfD verabschiedet.



Sylvia Fröhling
und Torsten Rekwitz

Wir Sozialdemokrat*innen erkennen in ihm keine Dynamik die darauf hoffen lässt, dass Pulheim den Stillstand überwindet. Es wird ‚weiter so‘ gehen und nur die Projekte angefasst werden, die tatsächlich nicht mehr weiter aufgeschoben werden können. Die jahrelange Untätigkeit erfordert nun sehr teure ‚Notmaßnahmen‘, wie viele Interims-Container für die Schulbauten und eine komplette ‚Notfall-Kita‘. Und eine Besserung ist mit diesem Haushaltsentwurf nicht in Sicht.

Klimaschutz und Digitalisierung werden von Frank Keppeler völlig vernachlässigt, dabei sind das *die* Herausforderungen, vor denen wir stehen. Mit diesem unambitionierten Haushalt verpasst Pulheim aus unserer Sicht in vielen Bereichen endgültig den Anschluss. In den Haushaltsberatungen haben wir, teilweise gemeinsam mit Grünen und BVP, zahlreiche Anträge eingebracht, um die vielen Rückstände, die sich unter Schwarz-Grün in

den letzten Jahren aufgebaut haben, endlich abzubauen. Dazu zählen etwa konkrete Maßnahmen, die das Klima wirklich vor Ort schützen genauso wie Dinge, die die nötige Mobilitätswende voranbringen, wie beispielsweise ein Stadtbus oder eine ordentliche Finanzierung von Radwegen. Aber der CDU-geführten Verhinderungscoalition fehlt jede Ambition, unsere Stadt voran zu bringen. Nicht mal einen Digitalisierungsbeirat, der nichts kostet, aber viel bringen würde, will man einrichten.

Das Kartenhaus, das der Bürgermeister und seine CDU in den letzten Jahren mühsam zusammengehalten haben, bricht nun zusammen. Im Schulbereich wird dies inzwischen überdeutlich. Durch jahrelanges Auf-die-lange-Bank-Schieben fehlen nun Schul- und Kitaplätze an allen Enden. Gelähmt durch

diese großen Mammutaufgaben verweigern Kuppeler und seine Ratsmehrheit in vielen anderen Themenbereichen nahezu die Arbeit. In einigen wenigen Teilbereichen ist es uns gelungen, die Verweigerungsfront aus CDU, FDP, WfP und AfD zu durchbrechen. Allerdings genügt dies bei weitem nicht, um die vor uns liegenden Aufgaben angemessen anzupacken. Diesem Haushaltsentwurf konnten wir deshalb nicht zustimmen.

Die komplette Rede unserer Fraktionsvorsitzenden Sylvia Fröhling können Sie auf unserer Webseite nachlesen. Über diesen QR-Code gelangen Sie direkt zum entsprechenden Text.



DAS ERFOLGREICHE PROJEKT „WIR FÜR SCHÜLER*INNEN“ DER PULHEIMER SPD.

Von Lale Erdem-Tombak.

Im November 2020 starteten wir Sozialdemokrat*innen hier vor Ort das Projekt „Wir für Schüler*innen“. Ziel war es, ein Pat*innen-Netzwerk aus Müttern und Vätern aufzubauen, die ehrenamtlich Kinder beim „Home-schooling“ begleiten.

Gerade für Familien mit Migrationshintergrund (mit manchmal unzureichenden deutschen Sprachkenntnissen) oder auch bei Familien, in denen Eltern wegen Arbeit oder weiterer Geschwisterkinder überfordert waren, kam diese Hilfe sehr gut an. Auch das Feedback der drei beteiligten Grundschulen in Pulheim-Mitte war enorm positiv. Menschen aus Nachbarorten riefen an und fragten nach Umsetzung des Projektes in ihren Städten. Die Pulheimer SPD unterstützte mit allen Mitteln die jeweiligen Familien und



Schulen. Es bildeten sich feste Beziehung zwischen den Pateneltern und Schüler*innen.

Corona und die darauffolgenden Schließungen der Schulen war im vergangenen Jahr der konkrete Anlass für diese Initiative. Jedoch stellte sich in kürzester Zeit heraus, dass dieses Projekt nicht mit der Pandemiezeit enden sollte. Unser Schulsystem hat viel zu viele Lücken, um diese Kinder und Familien alleine zu lassen. Somit haben wir von der SPD beschlossen, auch nach dem momentanen Ausnahmezustand Schüler*innen und Familien in gleicher Weise zu unterstützen.

Wir sind weiterhin für euch da! Falls ihr uns auch unterstützen und Pat*in sein wollt, wendet euch bitte gerne an Lale Erdem-Tombak (sinem_erdem@hotmail.de) oder an Verena Szebel (verena_szebel@yahoo.com).

ÜBER ENTPOLITISIERUNG, PLAGIATE UND DIE ARROGANZ DER MACHT.



Ein Kommentar von Torsten Rekwitz.

Klare politische Verhältnisse im Kreistag des Rhein-Erft-Kreises: Es regiert eine „Jamai-ka“-Koalition mit stabiler Mehrheit. Das lassen CDU, Grüne und FDP auch alle wissen und spüren. Sie sind einander innig zugewandt, geradezu ineinander aufgegangen. Harmonischer kann eine Ehe gar nicht sein. Wie in der guten alten Zeit, die sich Konservative so gerne zurückwünschen: Eine*r redet, die anderen schweigen: Im Sozialausschuss und im Finanzausschuss merke ich gar nicht, dass da drei verschiedene Koalitionspartner beteiligt sind, es spricht nämlich immer nur die CDU – für die anderen beiden gleich mit. Wenn denn überhaupt etwas gesagt wird, diskutiert wird dort nämlich kaum noch. Gut, ab und zu wiederholt eine Grüne auch mal, was ihr*e Vorredner*in gesagt hat, so ein bisschen will man ja fürs Sitzungsgeld dann doch tun. Aber halt eher selten. Wofür man sich dann überhaupt wählen lässt, verstehe ich nicht, aber irgendein Hobby braucht natürlich jede*r. Und machen wir uns nichts vor: Das scheint in der Kommunalpolitik üblich zu sein. Nach inzwischen sieben Jahren im Stadtrat weiß ich von 90 Prozent der Kolleg*innen aller Fraktionen dort auch nicht einmal, wie sich ihre Stimmen überhaupt anhören. Man ist halt mehr so körperlich anwesend und guckt freundlich, manchmal auch leicht desorientiert. So auch im Kreistag.

Die Politik hier im Kreistag erlebe ich seit fast zwanzig Jahren mit. Und auch auf die Gefahr, jetzt richtig alt zu klingen: Früher gab's da ordentliche Debatten. Da stellte eine Partei einen Antrag, dann redete man darüber in den Fachausschüssen, Leute schlugen Änderungen vor; man versuchte konstruktiv, Kompromisse auszuloten. Kurzum: Es war, wie sich's in einer Demokratie gehört, das Ringen um

die besten Ideen und Lösungen für Probleme fand im politischen Raum statt.

Irgendwann brauchte die damalige schwarz-gelbe Mehrheit dann ein Stützrad. Es fanden sich motivierte Grüne für ein kuscheliges Dreierbündnis. Seither hält nach meiner Beobachtung eine schleichende Entpolitisierung Einzug. Eine Entwicklung, die ich fatal finde. Weil der Wettstreit der Ideen nicht mehr stattfindet. Es wird zuerst darauf geguckt, wer einen Antrag stellt. Dann ist im Prinzip schon klar, ob er angenommen oder abgelehnt wird. Kommt er von der Opposition, wird er versenkt. Und weil die dahinterstehenden Überlegungen meistens doch ganz gut sind, ziehen ihn CDU, Grüne und FDP kurze Zeit später wieder hervor, kleben aber diesmal die eigenen Logos drüber – und verabschieden das Ganze. In der Sache vielleicht sogar noch dienlich, weil den Menschen so ja doch irgendwie geholfen wird. Aber schon recht schäbig, wenn man so dreist plagierte, oder?!

Und dann der Umgang untereinander: Da wird gepöbelt und geholtz. Zum Schein generös verhandelt, dann aber alle Oppositionskonzepte in Bausch und Bogen abgelehnt. Man hat schließlich ohnehin die Mehrheit. Und die Macht. Und will das die anderen auch spüren lassen. Mich widert das an.

Klar, ich teile selbst sehr gerne aus. Das gehört für mich zum demokratischen Wettbewerb dazu. Aber halt konstruktiv und so, dass Kompromisse nicht verbaut werden. Das fehlt mir im Kreistag, da will eine Koalition schlichtweg keine Kompromisse. Ich finde das schade. Und wünsche mir sehr, es irgendwann auch mal wieder anders zu erleben. Sonst höhlen wir unsere Demokratie immer weiter aus.

RESPEKT FÜR DICH KOMPETENZ FÜR DEUTSCHLAND



Olaf Scholz' Plan für die Zukunft

Olaf Scholz zieht als Kandidat für das Amt des Bundeskanzlers in den Wahlkampf. Wir wollen das Land in die Zukunft führen. Mit einem klaren Plan, dem Zukunftsprogramm der SPD.

Deutschland braucht eine Zukunftsregierung unter Führung der SPD

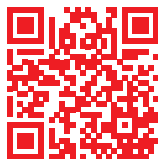
Ohne CDU und CSU. Denn wir wollen den Zukunftsstau auflösen, für den die Union gesorgt hat: gesellschaftspolitisch, sozialpolitisch, wirtschaftspolitisch, technologiepolitisch und klimapolitisch. Davon hängen unser Wohlstand und Arbeitsplätze ab. Ideen umsetzen, statt zu zaudern, zu zögern und zu verhindern.

Deutschland braucht eine Gesellschaft des Respekts

Konsequent gegen jede Form von Diskriminierung. Und für soziale Politik wie einen Mindestlohn von 12 Euro, eine Garantie für Ausbildung, bezahlbaren Wohnraum und eine Rente, die Lebensleistung würdigt.

Deutschlands Rolle in Europa und der Welt stärken

Europa ist das wichtigste nationale Anliegen unseres Landes. Mit internationaler Erfahrung sorgen wir dafür, dass das solidarische Europa gelingt. Dass wir die großen Aufgaben gemeinsam angehen: Den Kampf gegen den Klimawandel, für eine faire Globalisierung und die gerechte Besteuerung der internationalen Konzerne. Und für Abrüstung und Rüstungskontrolle.



Unser Zukunftsprogramm: [SPD.DE](https://www.spd.de)

SPD.DE

SPD Soziale
Politik für
Dich.